



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Weltspiegel

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Leben, in der Gestaltung von Recht, Sitte und Wirtschaft, in den Formen seiner Arbeit und seines Genusses. Dazu ist allerdings Selbstbesinnung nötig und Zurückfinden zu den Vorbildern einer Zeit, in der der deutsche Mensch noch als ein Charakter nach eigenen Gesetzen lebte. Eine recht verstandene historische Wissenschaft, die nicht mehr auf eine vom übrigen losgelöste politische Betrachtung sich beschränkt, sondern aus allen vergangenen Lebensäußerungen des eigenen Volkes die Einsicht zu gewinnen trachtet, was seiner Gesundheit zuträglich oder unzuträglich war, kann hier zum Heile führen, kann, wie das Wissen des Arztes, die Heilung selbst herbeiführen oder doch erleichtern und beschleunigen. Solches Lernen aus der Geschichte ist alles andere als Romantik, wie man heute so gern jede rückwärts gewandte Betrachtung nennt: es ist vielmehr die notwendige Selbstbesinnung, wie sie unter ähnlichen Verhältnissen auch im Leben des einzelnen Menschen eintreten wird; den man auch nicht einen Phantasten schelten wird, wenn er, am Ende eines falschen Weges, der ihn in Not und Unglück geführt hat, auf den rechten Weg sich besinnt, auf dem er in früheren Jahren fest und sicher wandelte, sich und anderen zu Nutz und Frommen.



## Weltspiegel

**Zur Brüsseler Konferenz.** Sechs Ideologien sind es, die gegenwärtig die Politik Europas beherrschen. Die erste ist die jener Politiker, die sich selbst, da sie alles von ihnen als Machtfaktor nicht Anerkannte für unreal halten, mit Vorliebe „Realpolitiker“ nennen. Ihnen gilt in politischen Angelegenheiten nur, was sich rein materiell auswirkt. Eine Anhäufung dieser materiellen Dinge gilt ihnen als Macht und das Verhältnis dieser Machtmittel innerhalb ihres Staates zu denen anderer Staaten und etwa drohende Verschiebungen in diesem Verhältnis sind es allein, die ihre politischen Entschlüsse bestimmen.

Die zweite Ideologie ist die der Wirtschaftspolitiker, die alle wirklichen wie möglichen politischen Veränderungen lediglich nach ihrer geschäftlichen Rentabilität betrachten. Die dritte ist die der Demokraten oder, wenn man will, des Liberalismus, der grundsätzlich für das freie Wachstum aller Kräfte ist, Gewalt in jeder Form verabscheut, Schranken, Fesseln, Hemmungen jeder Art für etwas Unnatürliches, zu Beseitigendes hält. Die vierte ist die der Weltrevolution, der Diktatur des Proletariats, des Kommunismus. Die fünfte, die katholische, genauer die Idee der katholischen Kirche, die sechste endlich die der Nationalisten, die in erster Linie ihren politischen Entscheidungen und Ideen die Rücksicht auf das Gedeihen der Nation zugrunde legen.

Natürlich sind zwischen diesen sechs Ideologien sehr mannigfache Kombinationen möglich. So werden die Wirtschaftspolitiker zwar die reale Macht immaterieller Vorgänge selten ganz außer acht lassen, in vielen Fällen jedoch mit den Realpolitikern, in anderen wieder mit den Liberalen Hand in Hand gehen, im übrigen sich aber auch nicht scheuen, aus taktischen Gründen mit den Vertretern der übrigen Ideologien zusammenzuarbeiten, falls dies „Gewinn“ verspricht. Andererseits werden auch die Realpolitiker sich den Wirtschaftspolitikern in allen Fällen annähern, wo sie auf Grund günstiger Entwicklung der Wirtschaft Machtzuwachs erhoffen können. Den Nationalisten wird natürlich jeder, anderen Ideologien entsprungene Faktor, sofern er nur ihre Ziele zu fördern scheint, willkommen sein. Eine zum Teil sehr weitgehende Verschmelzung der nationalistischen und kommunistischen Ideologie

beobachten wir in Rußland und, bei den Kommunisten der Lauffenberg-Richtung, in Deutschland, während in anderen Fällen gerade diese beiden Ideologien einander in schroffer Gegensätzlichkeit gegenüberstehen. In Italien machten sich zwischen katholischer und kommunistischer Ideologie Übereinstimmungen bemerkbar (vgl. darüber Grenzboten 1919, Heft 23/24).

Für die politische Betrachtung handelt es sich nicht darum, zwischen diesen isolierten oder kombinierten Ideologien eine Wahl zu treffen, sondern sie als bestehend anzuerkennen. An sich ist keine weder gut noch böse, sie bestehen und entsprechen bestehenden Triebkräften der menschlichen Natur, individuellen Erlebnissen ihrer Vertreter und realen Notwendigkeiten. Nicht mit theoretischen Darlegungen und Vernunftgründen wird man sie bis auf die eine, die man aus diesen Triebkräften und Notwendigkeiten heraus selbst vertreten muß (einer politischen Richtung liegt, wenn sie aktiv werden soll, immer ein inneres Muß zugrunde), oder auch nur die eine, mit der die selbst gewählte unvereinbar zu sein scheint, aus der Welt schaffen, sondern nur durch Gewalt und dadurch, daß man die ihr oder ihnen zugrundeliegenden Triebkräfte nach Möglichkeit zu beseitigen oder doch zurücktreten zu lassen sucht. Aber eine klare Einsicht in diese Triebkräfte ist in allen Fällen, auch für den aktiven, praktischen Politiker notwendig und unentbehrlich. Sie allein bietet die Möglichkeit, die noch immer verworrene Lage Europas, insbesondere auch den Komplex von Fragen, der sich um die Brüsseler Konferenz gebildet hat, zu verstehen.

Betrachten wir darum, in welchem Verhältnis diese sechs Ideologien in den augenblicklich außer Deutschland ausschlaggebenden Ländern Europas, in Rußland, England und Frankreich zueinander stehen.

In Rußland vorherrschend oder doch beherrschend ist die Ideologie des Kommunismus. Aber schon die Verhandlungen von Brest-Litowsk gaben Anlaß, daß sie mit der des Nationalismus verschmolz. Was letzten Endes den Kommunisten zu ihren kriegerischen Erfolgen verholfen hat, waren nationale Ideen. Und selbstverständlich wird es auch unter den Bolschewisten nicht an reinen Machtpolitikern ganz fehlen. Neuerdings — das beweisen u. a. die Auslassungen Lenins über die Konzessionen („Rote Fahne“ 7. 1.) — zeigt sich aber, daß der Kommunismus auch geschäftspolitische Ideen für seine Zwecke nutzbar zu machen sucht, und zwar nicht nur dadurch, daß er die geschäftspolitischen Neigungen der nationalen und bürgerlichen Gegner ausnützt, sondern auch insofern, als er durch Abschluß von Geschäften der Ideologie des Kommunismus reale Grundlagen und Machtzuwachs zu schaffen bestrebt ist. Seine Propaganda aber unter den Völkern des Orients verleugnet sogar skrupellos sein theoretisches Prinzip der Annationalität und benutzt eine Kombination von Liberalismus (Selbstbestimmungsrecht) und Nationalismus (Befreiung vom englischen Joch).

Dieser, was die Wirksamkeit betrifft, etwa zu gleichen Teilen kommunistischen und nationalen Politik gegenüber steht die geschäftspolitische und ebenfalls nationale Politik Englands. Während in der ganzen neueren englischen Geschichte Liberalismus und Realpolitik einander bei der politischen Führung ablösen, haben hier die nationale und geschäftspolitische Ideologie von jeher in engster unlösbarer Verbindung miteinander gestanden. Erfolge und Mißerfolge der zweiten sind immer auch Erfolge und Mißerfolge der ersten gewesen, und politische Erwägungen der ersten sind, gestützt auf realpolitische, immer in hohem Maße von solchen der zweiten abhängig gewesen. Wenn Rußland heute gegen England kämpft, so geschieht das wohl unter Verwendung nationaler Gesichtspunkte, wenn auch nicht aus diesen heraus, sondern weil es in England die geschäftspolitische Ideologie des Bürgertums, die das Bestehen der eigenen, kommunistischen bedroht, treffen will, und sein ganzes Vorgehen in Mittelasien, das sich mit den früheren nationalistischen Methoden deckt, bezweckt doch nur die Sicherung dieser kommunistischen, nicht der nationalen Idee. Gerade diese mittelasiatische Bedrohung jedoch fordert in England nicht nur die nationalistisch-geschäftspolitische, sondern gleichzeitig die nationalistisch-realpolitische heraus. Der Richtung Lloyd George, deren Aktions-

kraft durch Meinungsverschiedenheit über die einzuschlagende Taktik geschwächt wird, steht die Richtung Churchill gegenüber, die noch heute das Zugreifen mit Machtmitteln für wirksamer hält als die liberale Duldung einer auf die Grenzen Rußlands beschränkten kommunistischen Ideologie. Entschieden wird in diesem Kampfe letzten Endes natürlich die reale Macht. Da dies jedoch auf beiden Seiten gleich zu sein scheint, indem nämlich die allerdings im eigenen Rücken durch kommunistische oder liberale Ideologien bzw. Sympathien in ihrer Schlagkraft geschwächte Realpolitik es bisher weder durch direkte und indirekte Intervention, noch durch die Blockade vermocht hat, den Gegner niederzuzwingen, würden maßgebend für Englands Entschluß, welche Ideologie zunächst im Verhältnis zu Rußland bestimmend sein soll, die realpolitische oder die liberale, letzten Endes doch geschäftspolitische Rücksichten sein, ob nämlich das größere geschäftliche Risiko in einem Angriff in Europa oder in einer Abwehr in Mittel-Asien liegt, sowie der Grad, in welchem die Bolschewisten, um nicht im Innern zu scheitern, geschäftspolitische Erwägungen in den Dienst ihrer kommunistischen Ideologie zu stellen sich genötigt sehen werden. Was Englands Verhältnis zu Deutschland betrifft, so hat es von diesem nach dem Kriege weder national, noch macht-, noch geschäftspolitisch etwas zu fürchten. Geschäftspolitisch aber braucht man Deutschland als Kunden, weswegen denn auch liberale Stimmen einer Förderung der Gefundung Deutschlands das Wort reden, während andererseits die Realpolitiker den Gedanken, Deutschland als Kampfmittel gegen den Kommunismus Rußlands zu verwenden, mindestens erwägen. Frankreich gegenüber schwanken die Ansichten. Die Realpolitiker sehen mit Besorgnis Frankreichs Vordringen auf Antwerpen, die Nationalisten mit gleich starker Besorgnis Frankreichs Annäherung an Amerika, die zu verhüten man lieber die französische Scharfmacherpolitik gegen Deutschland wenn nicht unterstützen, so doch dulden möchte; die Geschäftspolitiker sind von Furcht vor zu rascher wirtschaftlicher Erstarkung Deutschlands nicht frei. Nationalisten, Geschäfts- und Realpolitiker aber versuchen, unter Benutzung der Werbekraft liberaler Ideen, mittels des Völkerbundes eine Konsolidierung Europas zu erreichen, um dem sich festigenden und stark aggressiv werdenden amerikanischen Block einen europäischen, wenn möglich der neuen die alte Welt entgegenzustellen. Entscheidend wird in dieser Frage die Entwicklung des Verhältnisses zu Rußland werden, die England für den Augenblick stärker bewegt und ihm näher liegt als der zukünftige Konflikt mit Amerika.

In Frankreich sind durch die Revanche gegen Deutschland und die Annexion Elsaß-Lothringens zunächst die nationalen Instinkte befriedigt. Geschäftspolitisch aber hat der Ausgang des Krieges einen krassen Mißerfolg ergeben. Die deutsche Konkurrenz allerdings ist man, wo sie drückend war, losgeworden, es zeigt sich jedoch, daß die gebrachten Opfer die Vorteile weit überwiegen, ja daß man eine weitgehende wirtschaftliche Gefundung des Gegners wünschen und fördern muß, um unter der eigenen Last nicht zu erliegen. Auch hier ergibt sich folgerichtig ein starker Gegensatz zwischen Liberalismus, der aus geschäftspolitischen Gründen von nationalen Forderungen ablassen möchte, um derentwillen in erster Linie gerade der Krieg geführt worden ist, und Realpolitikern, die selbst unter weiteren wirtschaftlichen Einbußen eben die nationalen Errungenschaften durch Anwendung von Gewaltmitteln schützen wollen. Auch hier sind, ähnlich wie in England, die Geschäftspolitiker über die anzumendende Methode verschiedener Ansicht. Ein Teil behauptet, die wirtschaftlichen Gewährnisse des Friedensvertrages (nicht die Ergebnisse des Friedensschlusses an sich) könnten gesichert werden nur durch Anwendung realer Gewalt, ein anderer Teil, nur durch liberale Verständigung mit dem Gegner sei dies möglich. Verschärft wird dieser Gegensatz noch durch den Konflikt zwischen kommunistischer und realpolitischer Ideologie (Sozialisten einerseits und Militaristen und Nationalisten andererseits) und zwischen Katholiken und Freidenkern (maßgebende Militärs sind gläubige Katholiken). All diese Gegensätze kamen in den Kämpfen für und wider das Kabinett Leygues zum Ausdruck, am

klarsten in der Kammer Sitzung vom 22. November, in der der Führer des sich immer dichter gegen die „reaktionäre“, nationalistische, realpolitische und katholische Rechtsmehrheit zusammenschließenden Linksblocks, Herriot, ausrief: „Frankreich steht an einem Wendepunkt seiner Geschichte. Nach außen wie nach innen muß es wählen zwischen einer Politik des fortdauernden Imperialismus und einer Politik der Mäßigung. Jenen Imperialismus, der nach dem Tilsiter Frieden Frankreich so vieles erhoffen ließ, um schließlich nur die Erhebung von 1813 und die Katastrophe von 1815 vorzubereiten, muß ich für mein Land ablehnen. Ich glaube nicht, daß wir uns gegen eine (deutsche) Gefahr, die eines Tages eintreten kann, schützen können, wenn wir in den nächsten Monaten eine kostspielige und vielleicht ruinöse Politik fortsetzen.“ Die Argumentation der Rechten aber ist folgende: Realpolitisch läßt sich die nationale Stellung Frankreichs nur halten, wenn eine realpolitische Erstarkung Deutschlands verhindert wird. Die psychologischen Faktoren für eine solche Erstarkung sind vorhanden: die in den Wahlergebnissen deutlich werdende Zurückdrängung des deutschen Liberalismus, die Ausbrüche von nationalem Haß und Nebanchegellisten, die unvollständige und widerwillige Abrüstung, die politischen Intrigen der deutschen Generale (Enthüllungen der „Times“). Als Mittel zur Verhinderung dieser Erstarkung kommen in Betracht: die dauernde Kontrolle, die Auflösung der deutschen Einheit, die Bündnisse mit Polen und Belgien, die Abschneidung Deutschlands nach Osten, ein gutes Einvernehmen mit England und Italien. Dies alles gilt in Frankreich lediglich als berechtigte Abwehr. Ebenso berechtigt aber erscheinen der Nationalblockmehrheit alle Maßnahmen, die darauf ausgehen, die wirtschaftlichen Verluste, die Frankreich bei Verfolgung seiner nationalistischen Ziele erlitten hat, durch Deutschland ersetzen zu lassen und die Einsicht, daß diese Maßnahmen nach Lage der Dinge nur beschränkten Erfolg haben können, wird nach Möglichkeit hintangehalten, da sie zur Verstärkung des Liberalismus führen müßte. Deutschland muß, kann und wird bezahlen, so lautet die große Zauberformel.

Was kann und muß dem gegenüber Deutschland tun? Offenbar den Kräften des Liberalismus in Frankreich nach Möglichkeit zum Durchbruch verhelfen, und alles vermeiden, was den Realpolitikern zur Verstärkung ihrer Argumentation dienen könnte. Allerdings nur insofern, wie dies vom nationalen Gesichtspunkt aus, der augenblicklich aus ganz realen Gründen für Anhänger aller Ideologien der allein maßgebende sein müßte, möglich und zulässig ist. Wir können beispielsweise nicht, um der französischen Nationalistenhege jeden Anlaß zu nehmen (etwas werden sie immer finden), Ostpreußen wehrlos immer noch möglichen bolschewistischen Angriffen aussetzen, wir können auch nicht Frankreichs Verbündeten zuliebe auf Oberschlesien verzichten oder z. B. ein Abstimmungsreglement annehmen, das die Möglichkeit eines solchen Verzichts näherrückt. Wir wollen auch keine sogenannten Kriegsverbrecher ausliefern, uns nicht weiter von farbigen Truppen kugonieren oder uns von Kommunisten gegen den Willen der Volksmehrheit unterwerfen lassen und wollen französischen Intrigen zur Auflösung der deutschen Einheit, zur Loslösung des Rheinlandes oder des Saargebiets kräftigsten Widerstand leisten. Wie berechtigt solche Forderungen sind, könnte man in Frankreich schon aus dem Umstand entnehmen, daß es der französischen Politik gelungen ist, sämtliche Ideologien in Deutschland eben in einer nationalen Gegenstellung zu einigen, die edelsten, aber auch die fanatischsten Stimmen des Liberalismus mußten vor der übermächtigen Wirklichkeit der französischen Gewaltmaßnahmen erschrocken und verzweifelt verstummen, und selbst Clara Zetkin hat zur glühenden Empörung der französischen Rechtspresse auf dem französischen Sozialistenkongreß in Tours, allerdings aus kommunistischer Ideologie heraus, zur Zerstörung des Versailler Vertrages aufgefordert und beispielsweise der Beschickung der Kathedrale von Reims die Zerstörung derjenigen von Kiew durch die Polen gegenübergestellt. Der Versuch einer Verständigung stößt also auf deutscher Seite auf Widerstände, denen Berechtigung nicht abgesprochen werden kann.

Dennoch müssen diese Versuche fortgesetzt werden. Sie beruhen auf der geschäftspolitischen und, da realpolitisch Deutschland machtlos geworden ist, letzten Endes doch auch dem nationalen Gedeihen zugute kommenden Überlegung, daß wirtschaftlich, nach dem Kriege mehr als je, Deutschland und Frankreich aufeinander angewiesen sind. Aber es wird von deutscher Seite auch alles vermieden werden müssen, was dem Verdacht, als sollte Deutschland diese gegenseitige Abhängigkeit einseitig zu seinem Vorteil ausnützen, neue Nahrung geben könnte. Beschuldigungen wie die, Deutschland arbeite planmäßig auf seine Bankrotterklärung hin, müssen durch offene Darlegung der Verhältnisse zurückgewiesen, verdunkelte Nebenpunkte wie der der Verwendung der im Spaer Abkommen vorgesehenen Goldprämien besser aufgeklärt werden als durch die im wesentlichen Punkt versagende Auslassung des Wolf-Bureaus. Vor allen Dingen bilde man sich ja nicht ein, sich den Folgen des Krieges ganz entziehen zu können. Wir haben viel und oft weit über die Grenzen des unmittelbar Vernunftgebotenen bereits geleistet, aber wir werden auch weiterhin Schmerz zu leisten haben. Man verliert einen solchen Krieg nicht ungestraft; und es ist sinnlos, rein aus parteipolitischen Gesichtspunkten heraus, jedes nach Lage der Dinge und realpolitisch ganz unvermeidliche wirtschaftliche Zugeständnis als unerhörten Verrat der Regierung zu brandmarken. Dahin gehört auch das beständige Sturmlaufen gegen den Versailler Vertrag. Wir wollen nie vergessen, daß dieser „Vertrag“ kein Vertrag, sondern ein uns unter Rechtsbruch und Nichtachtung feierlicher Zusagen aufgenötigtes Diktat ist (und für die Zukunft eine Lehre daraus ziehen), wir müssen fortfahren, durch sachliche Diskussion die Gegner von der Unmöglichkeit, ihn restlos oder auch nur annähernd auszuführen, zu überzeugen zu suchen. Aber wir sollten auch nie außer acht lassen, daß Verträge eben die Grundlage jeder liberalen Politik sind und daß in Frankreich ohne die Empfindung, daß diese Grundlage auch vom Gegner anerkannt wird, eine liberale Politik keinen Boden gewinnen kann, sondern immer der machtpolitischen den Vorrang wird lassen müssen. Was sonst das Mißtrauen der Franzosen wach hält: die angeblichen oder wirklichen Umtriebe deutscher Generale, die Auffassung, als bedeute die Reaktion gegen die kommunistische und liberale Ideologie und die monarchistische Propaganda, auch sie größtenteils eine Reaktion gegen den liberalen Parlamentarismus, notwendig eine Wendung zu machtpolitischem Imperialismus, beruht größtenteils auf Übertreibung und Irrtum. Neigung, in kleinen Konventikeln zu konspirieren, hat in Deutschland von jeher bestanden, der Ausgang des Rapp-Butsches aber dürfte auch Uebelwollenden und Voreingenommenen deutlich bewiesen haben, daß das deutsche Volk von einer militaristischen Führung, sei es auch nur zur Konsolidierung seiner inneren Verhältnisse, nichts wissen will. Zu einer militärischen Abenteuerpolitik besteht keinerlei Neigung, wenn aber das Volk allmählich zu der Erkenntnis kommt, daß es gut sei, im äußersten Notfall nicht ganz waffenlos dazustehen, so haben sich die Franzosen das mit ihrer ständigen Drohung der Anwendung von Waffengewalt selbst zuzuschreiben. Eine liberale französische Politik jedoch, die darauf verzichtet, das deutsche Nationalgefühl weiter unnötig in Harnisch zu bringen, wird vorläufig in Deutschland noch immer Wirtschaftspolitiker genug finden, mit denen sie zum gemeinsamen Wiederaufbau einträchtig arbeiten kann.

Menenius.

